

Newsletter aus Berlin

Newsletter November 2017

Norbert Brackmann informiert

Liebe Freunde,

am 24. September diesen Jahres haben die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes mit ihrem Votum bei der Bundestagswahl der CDU/CSU-Fraktion einen klaren Regierungsauftrag erteilt. Und schon am Wahlabend zeichnete sich ab, wohin die Reise die nächsten Wochen und möglichst auch die nächsten vier Jahre, gehen sollte: JAMAICA.

Sollte das Kieler Erfolgsmodell einer Koalition zwischen CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/ Die Grünen in Berlin seine Fortsetzung finden?

Nun, das Ende dieses Experimentes ist seit den frühen Morgenstunden des 20. November bekannt. Die FDP-Fraktion hat die Sondierungsgespräche mit einer inszeniert wirkenden Presseerklärung beendet. Bedauerlicherweise eine Entwicklung, die sich spätestens am Ende der letzten Woche abzeichnete. Während sich die Verhandlungspartner der CDU/CSU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen noch bis in den frühen Morgen hinein intern über das weitere Vorgehen berieten, wurde im Sitzungsraum der FDP-Fraktion fröhlich gefeiert. Der markige Slogan „Lieber nicht regieren als falsch“, den der FDP-Fraktionsvorsitzende Christian Lindner in seiner Presseerklärung verwendete, war dann auch keine spontane Reaktion, sondern entstand offenkundig in eben dieser feierlichen Stimmung der FDP-Fraktion und entspricht vielmehr einem planvollem Vorgehen. Dafür spricht auch, dass die Socialmediagrafik der FDP, die diesen einprägsamen Spruch darstellt, im Dateinamen das Datum „17.11.17“ trägt.

Die FDP muss sich zumindest über die Art und Weise, wie sie das Ende der Sondierungsgespräche zelebriert hat, den Vorwurf gefallen lassen, dass sie auf der Zielgeraden der wochenlangen Beratungen die Ernsthaftigkeit und den Willen zu einem erfolgreichem Abschluss zu gelangen, hat vermissen lassen. Das ist schade! Unionsintern ist selbstkritisch zu bilanzieren, dass auch die schwelenden Flügelkämpfe unserer Kolleginnen und Kollegen von der CSU die

Verhandlungsdauer zwischen den Partner unnötig hinausgezögert haben.

Festzuhalten bleibt allerdings – und auch deshalb ist die Reaktion der FDP-Fraktion so unverständlich, dass die Verhandlungspartner am Sonntag nah an einer inhaltlichen Einigung waren; sie standen kurz vor dem Durchbruch. Selbst mit Blick auf einen der schwierigsten Themenkomplexe, die Frage der Migration, waren die Partner einem vernünftigen Kompromiss bereits erstaunlich nah, mit dem es möglich gewesen wäre, die Migration künftig besser zu steuern und begrenzen. So zeigten sich selbst die Vertreter der Grünen damit einverstanden, Länder, in denen die Schutzquote (=Quote für erfolgreiche Asylverfahren) nur fünf Prozent beträgt, künftig als sichere Herkunftsländer anzuerkennen. Schon an diesem Beispiel wird deutlich, wie groß die Bereitschaft bei den anderen Verhandlungspartnern war, auch deutliche Zugeständnisse zu machen.

Ich bin daher davon überzeugt, dass eine Einigung der Partner, vielleicht nicht am Sonntag, aber im Laufe dieser Woche hätte erzielt werden können. Die selbstpropagierte liberale Deadline für die Gespräche war einmal mehr wenig zielführend und hat unnötig zusätzlichen Druck aufgebaut. Das Ende der Sondierungsgespräche der Jamaika-Koalition respektiere ich; im Vordergrund steht für mich jedoch, nach vorne zu schauen und das weitere Vorgehen auszuloten. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes erwarten eine handlungsfähige Regierung.

In den ersten Fraktionssitzungen nach dem Aus von Jamaika war in der CDU/CSU-Fraktion durchweg die Bereitschaft zu spüren, mit vereinten Kräften für unser Land an einer stabilen Regierungsbildung zu arbeiten. In den Fokus rückt damit zunächst eine Neuauflage der Großen Koalition. Offen gestanden ist der avisierte Koalitionspartner, die SPD, kein Wunschkandidat. Gleichwohl werden wir, wenn denn die Bereitschaft seitens der Sozialdemokraten überhaupt besteht, in Sondierungsgespräche eintreten. Bis dato war vom Parteivorsitzenden der Sozialdemokraten und seinem direkten Umfeld zu vernehmen, dass über eine

Aufnahme von vorbereitenden Gesprächen für eine Große Koalition allenfalls nach Neuwahlen nachgedacht werde.

Diese Taktik offenbart eine politische Verantwortungslosigkeit „par excellence“: Den Bürgerinnen und Bürgern zu signalisieren, dass eine Partei, die einen Kanzlerkandidaten stellt, nicht bereit ist, Regierungsverantwortung zu übernehmen, weil ihr das Wahlergebnis nicht passt, zeugt von einem zweifelhaften Demokratieverständnis.

Ich bin jedoch vorsichtig optimistisch, dass die Sozialdemokraten ihre vehemente Verweigerungshaltung der vergangenen Wochen aufgeben, denn der Widerstand in den eigenen Reihen der SPD-Fraktion über das anhaltende „Nein“ zu Sondierungsgesprächen für eine Große Koalition wächst. Und nicht zuletzt steht auch noch das Gespräch mit dem Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier an, dessen SPD-Partei-Mitgliedschaft seit Amtsantritt ruht.

Benennung zum ordentlichen Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Bundestages



Quelle: Büro NB / Laurence Chaperon

Zum zweiten Mal in der Geschichte des Bundestages hat dieser in seiner Plenarsitzung am 21.11.2017 die Einsetzung eines Hauptausschusses beschlossen. Ich freue mich, dass mich meine Fraktion als ordentliches Mitglied in diesen wichtigen Ausschuss entsandt hat. Die Einsetzung des Hauptausschusses ist keine Reaktion auf das Scheitern der Sondierungsgespräche, sondern ein geeigneter und aus meiner Sicht notwendiger Akt, wenn sich abzeichnet, dass die Konstituierung der neuen Bundesregierung noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Mit diesem Ausschuss stellen wir die Arbeitsfähigkeit des Parlaments sicher. Zu den ersten Aufgaben wird die Verlängerung der zahlreichen Bundeswehrmandate zählen sowie die Beratung über die vorzeitige Kreditrückzahlung Irlands an den IWF. Eine verantwortungsvolle Aufgabe wartet auf mich, der ich mich gerne stelle.

„Kurz notiert“:

Der **Hauptausschuss** ist ein Übergangsgremium und besteht aktuell aus je 47 ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern aller Fraktionen des Deutschen Bundestages. Die Mitglieder des Ausschusses treffen bis zur Regierungsbildung, stellvertretend für die Bundestagsausschüsse (22 Ausschüsse in der 18. WP) die Entscheidungen. Der Vorsitz obliegt dem Bundestagspräsidenten, Dr. Wolfgang Schäuble; er hat jedoch kein Stimmrecht.

Interparlamentarische Konferenz in Tallin

Am 30. und 31. Oktober fand unter estnischer Ratspräsidentschaft auf Einladung des Präsidenten des estnischen Parlaments, Eiki Nestor, die neunte Tagung der Interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union (kurz: SWKS-Konferenz) in Tallin statt. Gemeinsam mit meinen Fraktionskollegen Ralph Brinkhaus, Michael Stübgen sowie weiteren Mitgliedern anderer Fraktionen vertraten wir die Interessen des Deutschen Bundestages.

Gegenstand der Beratungen waren u.a. die künftigen Herausforderungen für den EU-Haushalt, die Zukunft der Wirtschafts-

und Währungsunion und das Thema effiziente Steuererhebungen. Ein regelmäßig wiederkehrender Diskussionspunkt zur Zukunft der Eurozone ist die Fortschreibung weiterer Reformen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Eurozone.



Quelle: Estnisches Parlament, Riigikogu

So wurde u.a. erneut die Forderung nach einer Umwandlung des Europäischen Stabilisierungs-Mechanismus (ESM) in einen Europäischen Währungsfonds (EWF) geäußert. Mit dem ESM sollen zahlungsunfähige Mitgliedstaaten der Eurozone, unter Einhaltung wirtschaftspolitischer Auflagen, mit Krediten der Gemeinschaft der Eurostaaten unterstützt werden.

Ich habe hierzu in den Beratungen angemerkt, dass es von größter Wichtigkeit für die Glaubwürdigkeit der europäischen Institutionen und ihrer Mitgliedstaaten ist, für die Einhaltung der bereits bestehenden Regelungen Sorge zu tragen. Die ESM darf die Feuerkraft, in Notfällen kurzfristig 50 Mrd. Euro mobilisieren zu können, nicht durch Missbrauch den Rettungsfonds für makroökonomische Aufgaben (so bezeichnen die übrigen Länder neue Sozialprogramme, Konjunkturprogramme und Bildungsförderung) gefährdet werden. Deshalb müssen die von den Mitgliedsstaaten eingezahlten Beträge unverändert in der Zuständigkeit der nationalen Parlamente bleiben!

Eine besondere Herausforderung für den EU-Haushalt wird natürlich auch der Austritt Großbritanniens sein. Auf meine Nachfrage hin, taxierte der zuständige EU-Kommissar Günther Oettinger die sogenannte Brexit-Lücke auf mindestens 10 Mrd Euro und bot den Delegierten und nationalen Parlamenten höchste Transparenz und umfassende Zusammenarbeit an. Für mich steht außer Frage, dass es mit Blick auf die EU-Parlamentswahlen 2019 vordringliches Interesse aller Beteiligten sein muss, gegen aufkommenden Populismus und Nationalismus für die EU zu werben. Erforderlich ist aber, dass

für den künftigen EU-Haushalt bewusst der Mehrwert des EU-Budgets für Mitgliedsstaaten in den Vordergrund gerückt wird.

„Kurz notiert“:

Die **Interparlamentarische Konferenz** bietet einen Rahmen für Debatten und Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zur Umsetzung der Bestimmungen des Fiskalvertrages. Ziel der Konferenz ist, eine Intensivierung der Zusammenarbeit der nationalen Parlamente mit dem Europäischen Parlament zu erreichen.

Die Deutsche Delegation besteht aus neun Abgeordneten, u.a. aus Mitgliedern des Haushalts- und Finanzausschusses sowie des Ausschusses für Angelegenheiten der EU.

Die Konferenz tagt zweimal im Jahr unter dem Vorsitz des Parlaments der jeweiligen EU-Ratspräsidentschaft (zurzeit Estland).

Politisch gesehen, liegen vor uns sicherlich keine ganz einfachen Wochen. Ich bin jedoch davon überzeugt, dass die Union, zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, eine passende Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft finden wird.

Ich wünsche Ihnen eine besinnliche Adventszeit,

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'N. Brackmann', written in a cursive style.

Ihr Norbert Brackmann